

Gemeinsame Erklärung

Patienten brauchen Sicherheit und mehr Pflegepersonal

Die Sicherheit der Patientinnen und Patienten und ihre gute Versorgung sind nur mit ausreichend Personal zu gewährleisten. Die Personalsituation in deutschen Krankenhäusern ist prekär, das bestreitet ernsthaft niemand mehr. Wenn 70.000 Beschäftigte in der Pflege fehlen und Personalmangel bei anderen Berufsgruppen noch hinzukommt, beeinträchtigt das die Qualität der Versorgung messbar. Personalmangel in der Pflege erhöht die Sterblichkeit. Ausländische Studien belegen das, in Deutschland gibt es dazu keine Forschung. Durch die fehlenden Stellen werden jährlich im deutschen Gesundheitssystem Milliarden gespart. Den Preis zahlen Patienten und Beschäftigte.

Pflegeschwestern versuchen mit hohem persönlichem Einsatz, trotz Personalmangels eine gute und sichere Versorgung zu gewährleisten. Damit sie professionelle Arbeit leisten und Zuwendung geben können, gehen viele über die Grenzen ihrer Belastbarkeit. Sie bezahlen das mit ihrer eigenen Gesundheit. Untersuchungen verschiedener Krankenkassen und Berufsgenossenschaften weisen nach, dass Beschäftigte in der Pflege und im Gesundheitswesen insgesamt bei physischen und psychischen Erkrankungen weit über dem Durchschnitt liegen. Bei der DAK zum Beispiel liegen die Ausfalltage von Beschäftigten des Gesundheitswesens wegen psychischer Störungen um 55 % über dem Durchschnitt aller DAK-Versicherten.

Die Krankenhäuser brauchen Nachwuchs in den Pflegeberufen und müssen deshalb für Auszubildende attraktiv sein. Doch sie bieten Arbeitsbedingungen, unter denen ein junger motivierter Mensch den Sinn seines Berufs nicht mehr verwirklichen kann. Statt dem Fachkräftemangel zu begegnen, wird er auf diese Weise angeheizt.

Auch die Gesundheitspolitikerinnen und -politiker der großen Koalition und der Länder kennen die Situation. Doch sie wollen für eine bessere Versorgung durch mehr Personal nicht bezahlen.

Die Länder wollen auch zukünftig nur die Hälfte der Investitionen der Krankenhäuser finanzieren, die diese brauchen. In den Krankenhäusern gehen auf diese Weise massenhaft Personalstellen verloren, weil das Geld für Baustellen ausgegeben wird.

Die Bundesregierung hat am 10. Juni 2015 den Gesetzentwurf für ein Krankenhausstrukturgesetz veröffentlicht. Darin wird die Qualität der Krankenhausversorgung in den Mittelpunkt gestellt. Doch jeder weiß: Qualität ohne Personal kann es nicht geben. Nirgends im Entwurf wird aber ein Zusammenhang von Qualität und Personal hergestellt. Vorgesehen ist ein winziges Pflegeförderprogramm für Kliniken, die Personal aufbauen wollen. Diese erhalten im Jahr 2016 Förderung für durchschnittlich eine (!) Stelle pro Krankenhaus. 10 Prozent der Kosten müssen sie dabei noch selbst aufbringen. Das Programm fällt weit hinter das Vorgängerprogramm von 2009 zurück, ist nur halb so groß und wiederholt nahezu alle alten Fehler.

Gute Qualität gibt es nur mit genug Personal.

ver.di und der DBfK fordern:

- gesetzliche Vorgaben für ausreichenden Personalbestand, d.h. ein Personalbemessungsverfahren für die Pflege, das am Bedarf der Patienten ausgerichtet ist. Die Krankenhäuser brauchen eine Personalbemessung für alle Beschäftigtengruppen im Krankenhaus, damit sichergestellt ist, dass Personalaufbau in einem Bereich nicht zu Personalabbau in einem anderen Bereich führt. Die Forderung nach einer gesetzlichen Personalbemessung erfährt immer mehr Unterstützung. So forderte jüngst der Bundesärztag 2015, auch für den ärztlichen Dienst verbindliche Mindestpersonalschlüssel vorzugeben.
- als kurzfristige Lösung und Schutz vor weiterer Personalverknappung die Verpflichtung, den Anteil der Einnahmen der Krankenhäuser, der für die Pflege bezahlt wird (kalkulierter Anteil für pflegerischen Aufwand in den Fallpauschalen), auch tatsächlich für Pflegepersonal zu verwenden.
- die sofortige Einsetzung einer Expertenkommission, die mit der Entwicklung einer bedarfsgerechten Personalbemessung für die Pflege und auch für alle anderen Berufsgruppen beauftragt wird,
- Sicherstellung der gesetzlichen Pausen und Einhaltung der gesetzlichen Gesundheitsschutzvorschriften,
- Besetzung der Schichten nachts, an Wochenenden und Feiertagen mit mindestens zwei Pflegefachpersonen, in Bereichen mit mehr als 30 Patienten entsprechend mehr,
- Personalausstattung der Intensivstationen nach den Standards der Fachgesellschaften,
- kontinuierliche Berichterstattung der Krankenhäuser über die Personalausstattung, die den Patienten einen verständlichen und aussagekräftigen Vergleich zwischen Bereichen, Stationen und Abteilungen für ihre Krankenversorgung ermöglicht,
- ausreichende Investitionsförderung der Länder für die Krankenhäuser.

Die Bundesregierung und die Länder dürfen die dramatische Situation in den Krankenhäusern nicht länger ignorieren. Zu lange wurde billigend in Kauf genommen, dass vor dem Hintergrund des ökonomischen Drucks Personalressourcen in den Krankenhäusern ausgedünnt werden. Das hat ein für die Patientinnen und Patienten gefährliches Ausmaß angenommen und für die Beschäftigten eine unerträgliche Belastung bewirkt. Der Arbeitsplatz Krankenhaus ist für viele Menschen sehr unattraktiv geworden. Zur Sicherung der Gesundheitsversorgung muss jetzt gegengesteuert werden.

Berlin, 18. Juni 2015

DBfK Bundesverband e.V.

Alt-Moabit 91
10559 Berlin
Tel: 030/21 91 570
dbfk@dbfk.de
www.dbfk.de

ver.di Bundesverwaltung

Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin
Tel: 030/6956 – 1808
niko.stumpfoegger@verdi.de
www.verdi.de